

mir, sollten wir diese Einsicht, gerade weil sie so banal ist und uns alle eben nicht mit Ruhm bekleckert, nicht verdrängen.

Ich habe nun schon zweimal Passagen aus dem Abschlußbericht unserer Vorgängerkommission zitiert. Sie hat sich ausgiebig mit der Deutschlandpolitik, hauptsächlich der Bundesregierungen zwischen 1949 und 1989, befaßt. Für das heutige Thema ist das Fazit nicht unerheblich, das sie im Hinblick auf den Einigungsprozess zog: „Im Einigungsprozess wirkten auf staats- und völkerrechtlicher Ebene zwei Grundentscheidungen aus vier Jahrzehnten Deutschlandpolitik zusammen: die mit den Westmächten auf der Basis des Deutschlandvertrages gemeinsame Verpflichtung auf das Ziel der 'Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit' und die nach dem Grundlagenvertrag verankerte deutsche Zweistaatlichkeit. Das ersparte einerseits Deutschland Friedensvertragsverhandlungen und sicherte ihm die Unterstützung der Westmächte für die Ausübung seines Rechts auf innere und äußere Selbstbestimmung; andererseits erlaubte es der Sowjetunion eine würdewahrende Verabschiedung der DDR und gewährte den Deutschen in der DDR bei Ausübung ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung in Verbindung mit Artikel 23 Grundgesetz über den Einigungsvertrag Schutz vor westdeutscher Majorisierung.“

Lange Sätze und schwierige Gedanken. Doch der Sinn ist einfach: Konrad Adenauer und Willy Brandt haben je auf ihre Weise die wesentlichen Beiträge zur Deutschlandpolitik der alten Bundesrepublik geleistet. Auf ihnen konnte der Einigungsprozess aufbauen, nachdem das Volk in der DDR sich seine Souveränität erobert hatte. Die Vereinigung vollzog sich in Frieden und Freiheit und mit dem Einverständnis unserer Nachbarn. Soviel Verdienste sich einzelne dabei auch erworben haben, Glück war auch dabei.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt dem ersten Referenten des heutigen Tages das Wort erteilen. Herr Professor Dr. Gregor Schöllgen vom Historischen Institut der Universität Erlangen spricht zu dem Thema: Die Internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit und ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume beider deutschen Staaten in der Vereinigungsphase. Die anschließende Diskussion wird das sachverständige Mitglied unserer Kommission, der inzwischen eingetroffene Herr Professor Dr. Manfred Wilke, moderieren. Zunächst bitte ich Sie, Herr Professor Schöllgen, um Ihren Beitrag.

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, ich danke für die ehrenvolle Einladung, diese neue Runde der Enquete-Kommission eröffnen zu dürfen und beginne in Abwandlung einer bekannten deutschen Spruchweisheit mit der Erkenntnis, daß Mythen lange Beine haben. Einige überleben sogar tiefgreifende Zäsuren wie den weltpolitischen Umbruch der ausgehenden 80er und beginnenden 90er Jahre: Hartnäckig hält sich das Gerücht, die deutsche Einheit sei zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Fall der Mauer ein Thema der internationalen Politik gewesen. Das war sie nicht.

Bis 1989 gab es in Sachen deutsche Einheit keinen Handlungsspielraum, weil es für eine Wiedervereinigung Deutschlands keine internationalen Rahmenbedingungen gab. Solche existierten lediglich für die Teilung; sie bestanden im stillschweigenden Einvernehmen der Sieger des Zweiten Weltkrieges, die deutsche Frage nicht zu lösen, sie vielmehr auf dem seit 1945/49 gegebenen Niveau einzufrieren und also die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur nicht anzustreben, sondern gerade zu verhindern. Unter diesen Umständen hatten die beiden deutschen Staaten bis 1989 keine Wahl, als den Status quo hinzunehmen und sich in ihm einzurichten. Den Kollaps der Rahmenbedingungen erkannt und den sich unerwartet öffnenden Handlungsspielraum genutzt zu haben, ist die bleibende Leistung der deutschen Politik in den Jahren 1989/90.

Ich möchte Ihnen diese These in drei Schritten plausibel machen, indem ich zunächst die internationalen Rahmenbedingungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges kurz erläutere, dann, zweitens, vor diesem Hintergrund den deutschen Handlungsspielraum ausleuchte, um schließlich, drittens, die Gunst der Stunde in den Jahren 1989/90 in Augenschein zu nehmen.

I. Die internationalen Rahmenbedingungen

Der Schlüssel zum Verständnis der internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit ist im Zweiten Weltkrieg, genauer gesagt: im deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zu suchen. Dieser und vor allem das, was ihm folgte – die deutsche Kriegführung sowie der rassenideologische Vernichtungskrieg, insbesondere gegen das europäische Judentum –, brachten zustande, was bis dahin als undenkbar zu gelten hatte: ein gemeinsames Vorgehen der Sowjetunion, Großbritanniens und seit dem Dezember auch der Vereinigten Staaten von Amerika gegen das Deutsche Reich.

Die Bezeichnung dieser unnatürlichen Allianz, in die 1945 auch Frankreich förmlich aufgenommen wurde, als „Anti-Hitler-Koalition“ hat ihren Grund: Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Hitler-Deutschland bildete so etwas wie den kleinsten, wenn nicht den einzigen gemeinsamen Nenner, auf den sich ihre Mitglieder verständigen konnten. Alles andere war heftig umstritten; und schon an der Frage, wie man einem deutschen Wiederaufstieg begegnen wolle, schieden sich die Geister. Also wurde die deutsche Frage nicht beantwortet, sondern auf Eis gelegt. Solange der Friedensvertrag ausstand, sicherte dieser Kompromiß denen, die ihn trugen, ein Mitspracherecht in der deutschen und damit in der wichtigsten europäischen Frage. Immerhin sollte dieser alliierte Kompromiß fast ein halbes Jahrhundert lang halten und nicht unmaßgeblich zur Stabilität der internationalen Ordnung während des Kalten Krieges beitragen.

In erster Linie war diese Ordnung eine sowjetische. Ihr Kern, die Westverschiebung Polens und die Zweiteilung des verbliebenen Deutschland, war die Reaktion auf das, was sich zwischen 1941 und 1945 auf sowjetischem Boden

abgespielt hatte und die Vorstellungskraft auch heute noch vor erhebliche Probleme stellt. Eine Modifikation der Nachkriegsordnung, etwa im Sinne einer Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten bis zur Oder-Neiße-Linie, wäre für den Kreml nur unter der Bedingung vorstellbar gewesen, daß sie mindestens die gleichen Sicherheiten bot wie das zwei- bzw. dreigeteilte Deutschland. So waren Stalins Initiativen vom März und April 1952 zu verstehen. Mit der festen wirtschaftlichen, politischen und schließlich auch militärischen Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft konnte die deutsche Einheit selbst unter den von Stalin formulierten Bedingungen kein Thema mehr sein.

Allerdings gab es in dieser Angelegenheit seit den ausgehenden 40er Jahren innerhalb der Anti-Hitler-Koalition faktisch keinen Dissens mehr. Zwar schienen die Westmächte während der 50er Jahre, etwa auf den drei Genfer Außenminister- bzw. Gipfeltreffen, die Wiederherstellung der deutschen Einheit aktiv betreiben zu wollen; zwar trugen sie dieses Ziel rhetorisch bis zum Ende der alten Ordnung mit: man denke nur an die Aufforderung Präsident Reagans an Generalsekretär Gorbatschow, das Brandenburger Tor zu „öffnen“; doch hatte der britische Staatsminister und spätere Außenminister John Selwyn Lloyd schon im Juni 1953 bilanziert, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands unter den Bedingungen des geteilten Europa „gefährvoll für alle“ wäre. Deshalb, so Lloyd 1953 weiter, fühlten alle, „die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir im Grunde unseres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sicherere Lösung ist“.

Die Motive für diese Lagebeurteilung auf westlicher Seite waren unterschiedlicher Natur. Daß man in Frankreich wenig Neigung verspürte, einer Wiedervereinigung jenes Landes zuzustimmen, von dem man zwischen 1870 und 1945 drei Mal mit Krieg überzogen worden war, läßt sich ebenso nachvollziehen wie die Abneigung, die Rolle als Besatzungs- bzw. Kontrollmacht in Deutschland aufzugeben, damit natürlich ein wesentliches Fundament der französischen Großmachtpolitik aufzukündigen.

Ausschlaggebend für die westliche Haltung in der deutschen Frage waren indessen nicht die britischen oder französischen Interessen, sondern diejenigen der Vereinigten Staaten von Amerika. Zwei Tendenzen der Weltpolitik haben in den 50er und frühen 60er Jahren, und das gilt eigentlich bis 1989, dafür gesorgt, daß das Thema deutsche Einheit auch förmlich von der Tagesordnung abgesetzt wurde und abgesetzt werden mußte. Da waren einmal die dramatischen Entwicklungen in der außereuropäischen Welt, ich nenne sie nur mit Stichworten – in Korea, in der Straße von Taiwan, in Vietnam oder auch in Kuba; sie bildeten nicht erst mit dem Amtsantritt John F. Kennedys die „neuen Horizonte“ amerikanischer Außenpolitik.

Und dann, wesentlich folgereicher, gab es die nukleare Bedrohung, die spätestens seit dem 4. Oktober 1957 alles andere in den Schatten stellte: Hatten die Sowjets mit den Tests der ersten Atombombe im August 1949 und der ersten Wasserstoffbombe vier Jahre darauf noch auf den amerikanischen Vorsprung

reagiert, so konnten sie mit der erfolgreichen Beförderung des „Sputnik“ in eine Erdumlaufbahn vorübergehend die Führung übernehmen. Wer aber in der Lage war, einen Flugkörper in die Stratosphäre zu schicken, der besaß grundsätzlich auch die Fähigkeit zu einem interkontinentalen nuklearen Schlag, und das hieß: die Unangreifbarkeit des amerikanischen Kontinents gab es nicht mehr.

Angesichts dieser neuen Herausforderungen, angesichts aber auch der erneuten Zuspitzung der Berlinfrage seit dem Herbst 1958, einigten sich Washington und Moskau stillschweigend darauf, mit der deutschen Frage die eigentliche Ursache des Kalten Krieges auf dem spätestens 1955 erreichten Niveau einzufrieren und damit als akuten Spannungs- und Gefahrenherd weitgehend auszuschalten. Das war insoweit unproblematisch, als man sich hier auf dem Terrain ohnehin schon vollendeter Tatsachen bewegte.

Seit dem 13. August 1961 signalisierte die Berlin und Deutschland teilende Mauer auch dem, der es nicht wahrhaben wollte, daß die „Anti-Hitler-Koalition“ 20 Jahre nach ihrer Gründung dieses Provisorium nicht anzutasten, vielmehr die deutsche Frage endgültig zu marginalisieren gedachte. Wenn die Vier in den folgenden drei Jahrzehnten in dieser Angelegenheit noch einmal zusammenkamen, dann, wie im Falle des 1971 unterzeichneten sogenannten Viermächte-Abkommens, mit dem erklärten Ziel, den Status quo in neuer Form einmal mehr zu bekräftigen.

II. Der deutsche Handlungsspielraum

Angesichts dieser Rahmenbedingungen blieb den Deutschen keine Alternative, als sich auf den Boden der weltpolitischen Realität zu stellen und die Teilung als auf absehbare Zeit nicht überwindbares Grundelement der internationalen Ordnung hinzunehmen. Für die DDR war das insoweit keine Entscheidung von politischer Tragweite, als es keine Alternative gab: Von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie im Görlitzer Vertrag des Juli 1950 bis zur Übernahme der sowjetischen Zweistaatentheorie fünf Jahre darauf hatte sie den Vorgaben der östlichen Vormacht zu folgen.

Für die Bundesrepublik war im Spannungsverhältnis zwischen dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung und dem dynamischen Trend hin zur internationalen Entspannung ein begrenzter Handlungsspielraum nur dann vorstellbar, wenn sie den unter Volldampf stehenden Détente-Express nicht nur nicht verpaßte, sondern auf ihn aufsprang. Das erkannt und die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen zu haben, ist das bleibende Verdienst Willy Brandts – Herr Vorsitzender, Sie haben bereits darauf hingewiesen.

Die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag aus den Jahren 1970 bzw. 1973, vor allem aber der am 21. Dezember 1972 unterzeichnete deutsch-deutsche Grundlagenvertrag verfolgten drei sich ergänzende Ziele: Einmal wollte die Bundesregierung ihren Beitrag zur Entspannungspolitik leisten; das gilt selbst-

verständlich vice versa auch für die DDR. Tatsächlich haben die Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa – einschließlich der deutsch-deutschen – und die Bekräftigung des Gewaltverzichts, die in allen Verträgen schriftlich fixiert worden sind, deutscherseits den Weg für die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) freigemacht; zum zweiten war die Ost- und Deutschlandpolitik von dem Willen bestimmt, das Leben im geteilten Deutschland erträglicher zu machen; und schließlich wurde sie von der Hoffnung getragen, mit der Anerkennung des Status quo in Deutschland womöglich die Voraussetzung für seine friedliche Überwindung zu schaffen. Ob die Ereignisse der Jahre 1989/90 als Bestätigung dieser Auffassung interpretiert werden können oder nicht, sei hier dahingestellt.

Sich auf den Boden der weltpolitischen Realitäten zu stellen, die deutsche Teilung auf vorläufig nicht absehbare Zeit festzuschreiben und damit den Wünschen, Erwartungen und Forderungen der westlichen Verbündeten entgegenzukommen, hatte freilich seinen Grund. Insbesondere die USA waren und blieben für die Bundesrepublik der Garant ihrer Sicherheit, wie die zweite Hälfte der 70er Jahre eindrucksvoll demonstrierte: Die Vorgänge in Persien, Afghanistan, am Horn von Afrika oder in Südostasien, vor allem aber die sowjetische Hochrüstung im nuklearen Mittelstreckenbereich bewirkten einen Klimasturz in der internationalen Politik, der direkt oder indirekt auch die deutschen Sicherheitsinteressen tangieren mußte.

Daher hatte Bonn auch jetzt keine Alternative, als den Vorgaben der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik selbst dann noch zu folgen, als deren Umsetzung zu einem Rückschritt in den deutsch-deutschen Beziehungen führte. Das zeigt sich besonders deutlich in den Fragen der Rüstung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung in den ausgehenden 70er und 80er Jahren. Vordergründig ging es um die landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer und größerer Reichweite sowie um die Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“. Die westlichen Verbündeten verbanden damit jedoch immer auch die Frage, wie fest sich die Bundesrepublik in der Atlantischen Allianz verankert wußte, oder umgekehrt: ob sie möglicherweise dazu tendierte, ihr historisch besonderes Verhältnis zur Sowjetunion – und damit zur DDR – zu Lasten ihrer westlichen Bindungen weiterzuentwickeln.

Der sogenannte NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979, der maßgeblich von Bundeskanzler Helmut Schmidt angeregt worden war und unter seinem Nachfolger vier Jahre später umgesetzt wurde, zielte auf einen Ausgleich der krassen westlichen Unterlegenheit auf dem Gebiet der eurostrategischen Nuklearwaffen. Die Verhandlungen der Jahre 1987 bis 1989 waren hingegen bereits Ausdruck der sich nicht zuletzt infolge jenes Beschlusses grundlegend wandelnden weltpolitischen Lage, und auch die stellte gerade die Bundesrepublik vor eine schwierige Situation: Tat sie sich im Sommer 1987 noch schwer, dem Abbau der deutschen „Pershing I A“ zuzustimmen und damit ihrerseits den Weg zum amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrag freizumachen, so versuchte sie anderthalb Jahre später, im Winter 1988/89, geradezu

umgekehrt, die von Washington, London oder auch Den Haag geforderte Modernisierung der Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“ zu verhindern, um den neuen Kurs in der Sowjetunion nicht zu gefährden.

So sehr diese Vorgänge, auf den ersten Blick, einen gewissen Handlungsspielraum der deutschen Politik anzuzeigen scheinen, so sehr belegen sie bei genauem Hinsehen das Gegenteil: Angesichts der hohen, einseitigen sicherheitspolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik von ihren westlichen Verbündeten konnte es keine Alternative zur bedingungslosen Unterordnung der deutschen unter die westlichen Interessen geben. Für die DDR galt unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges Vergleichbares, allerdings unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen: Seit Gründung der DDR unterlag ihre Außenpolitik jenem Handlungsdruck, der seit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, also seit dem Sommer 1968, als „Breschnew-Doktrin“ firmierte und erst 21 Jahre später, im Sommer 1989, förmlich außer Kraft gesetzt wurde.

Daß sich die Lage der beiden deutschen Staaten in dieser Hinsicht ändern und sich ihnen ein Handlungsspielraum in der deutschen Frage eröffnen könnte, war nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die internationalen Rahmenbedingungen ihrerseits einer grundlegenden Änderung unterworfen worden wären. Eine solche Änderung der internationalen Rahmenbedingungen war bis in den Herbst 1989 nicht vorstellbar, weil sie nicht weniger implizierte als den Zusammenbruch der Ordnung des Kalten Krieges; und diese Ordnung, die in der Deutschland teilenden Mauer ihren symbolträchtigen Ausdruck fand, war ja nichts anderes als die zu starrer Realität verdichtete Konsequenz Stalins und seiner Nachfolger aus der Katastrophe des Jahres 1941.

Der Auflösung dieser alten, also ihrer Ordnung hätten die führenden Männer der Sowjetunion nur unter der Voraussetzung zustimmen können, daß entweder die historische Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ verblaßt wäre; das aber mußte schon deshalb ausgeschlossen werden, weil diese Erinnerung konstitutiv für den Bestand der Sowjetunion gewesen ist. Oder aber, und das galt bis 1989 vollends als undenkbar, die Entwicklung entglitt ihrer Kontrolle. Die Revolution der Weltpolitik, die niemand vorhergesehen und vorhergesagt hat, bewirkte eben jenen Zusammenbruch der sowjetischen Kontrolle, besiegelte das Ende der alten Ordnung und eröffnete mit diesem fundamentalen Wandel der internationalen Rahmenbedingungen erstmals seit 40 Jahren der deutschen Politik einen unerwarteten Handlungsspielraum.

III. Die Gunst der Stunde

Daß sich jene Entwicklung aufs engste mit dem Namen Michail Gorbatschow verbindet, der seit März 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU innehatte, steht außer Frage. Fest steht allerdings auch, daß Gorbatschow ursprünglich nicht die Überwindung des kommunistischen Systems und der Partei im Auge hatte, sondern das gerade Gegenteil: ihre Reformierung, Stabi-

lisierung und damit Transformierung in eine erneuerte, nach innen und außen – und übrigens mit dem Westen – konkurrenzfähige, effiziente Organisation. Bekanntlich gewann dieser Prozeß alsbald eine unkontrollierte Eigendynamik, und die Reise, auf die Gorbatschow sich, sein Land und den gesamten von diesem kontrollierten Machtbereich geschickt hatte, endete gewissermaßen am falschen Ziel, in der Auflösung der Sowjetunion und damit zugleich in der Atomisierung ihres Imperiums. Am Ende stand der Kollaps jener Weltordnung, die eigentlich eine Pax Sovietica war: der Ordnung des Kalten Krieges. Das war die eigentliche Revolution der Weltpolitik, die den beiden deutschen Staaten einen bis dahin nicht gekannten Manövrierspielraum eröffnete.

Das galt in besonderem Maße für die Bundesrepublik. Die Regierung der DDR war mit Blick auf den schließlich eingeschlagenen Weg zur deutschen Einheit insoweit nur eingeschränkt handlungsfähig, als die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit die Richtung vorgab. Das galt für die großen Demonstrationen des Herbstes und Winters 1989/90; es galt für die Massenwanderungen Westen vor und nach dem Fall der Mauer; und es galt, wir haben es schon gehört, für das Ergebnis und die Folgen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990.

Dieser Weg zur deutschen Einheit war nach dem 9. November 1989 in wichtigen Etappen ein Alleingang Bundeskanzler Helmut Kohls. Daß er am Ende erfolgreich war, wird heute im In- wie im Ausland durchweg als bedeutende politische Leistung gewertet, auch deshalb, weil anfänglich keineswegs absehbar sein konnte, ob und wann dieser Weg überhaupt zum Erfolg führen werde. Einmal ging der Bundeskanzler, als er am 28. November 1989 in der Haushaltsdebatte dieses Hauses sein mit niemandem abgesprochenes „Zehn-Punkte-Programm“ vorstellte, noch selbst davon aus, daß die Vollendung des europäischen Binnenmarktes eher kommen werde als die Vereinigung; nicht zufällig sprach er vorerst nur von „konföderativen Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“. Dann aber war keineswegs absehbar, wie die näheren und fernerer Nachbarn, und insbesondere die vier alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges, auf diesen Vorstoß reagieren würden. Mit Bedacht wies der Bundeskanzler deshalb in seinem Programm darauf hin, daß die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen auch in Zukunft „in den gesamteuropäischen Prozeß“ eingebettet bleiben würde.

Insoweit war die Bundesrepublik auch in dieser für die Zukunft der deutschen Frage entscheidenden Situation nur eingeschränkt handlungsfähig. Abgesehen von den völkerrechtlichen Vorbehalten der Alliierten bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem, unterlag sie jenen Beschränkungen, die sich aus ihrer Zugehörigkeit zu den internationalen Organisationen ergaben. Zugleich verschaffte diese Mitgliedschaft in Organisationen wie den Vereinten Nationen, der schon erwähnten KSZE, vor allem aber der NATO und der EG, der deutschen Politik jenen notwendigen Vertrauensvorschuß, der unabdingbar war, um aus der Initiative der „Zehn Punkte“ kurzfristig eine politische Strategie zu entwickeln und mit ihr jenes politische Ziel zu erreichen, das am Ende

des Jahres 1989 endgültig als „deutsche Einheit“ firmierte. Ob damit das Konzept Konrad Adenauers aufging, der mit der festen europäischen Integration der Bundesrepublik immer auch die Hoffnung verbunden hatte, daß auf diese Weise dereinst die Teilung Europas und damit Deutschlands überwunden werden könne, sei hier ebenfalls dahingestellt.

Fest steht, daß Kanzler Kohl wie alle seine Vorgänger im Amt um die herausragende Bedeutung Europas namentlich für das französische Sicherheitsinteresse wußte. Mit der Zustimmung zur vorzeitigen Einberufung einer Regierungskonferenz zur „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ und der Initiative für eine zweite Konferenz zur „Europäischen Politischen Union“ wurde im Dezember 1989 und April 1990 der deutsche Handlungsspielraum genutzt, um die nicht unerheblichen französischen Bedenken zu beseitigen.

Im Falle Großbritanniens und der USA stand hingegen die NATO-Mitgliedschaft im Vordergrund. So wie die Dinge lagen, kam der amerikanischen Politik in dieser hochsensiblen Situation einmal mehr die ausschlaggebende Bedeutung zu. Nicht nur ließen, wie bekannt, Präsident George Bush und Außenminister James Baker niemals einen Zweifel daran, daß sie die Vereinigung Deutschlands befürworteten und unterstützten; vielmehr bestanden sie auch auf der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland, was wiederum in London erkennbar beruhigte. Indem sich die deutsche Politik nach anfänglichem Zögern, was meistens übersehen wird, die amerikanische Position zueigen machte, nutzte sie auch hier ihren Handlungsspielraum.

Schließlich die Sowjetunion. Allen Beteiligten war bewußt, daß der Schlüssel zur deutschen Einheit nach wie vor in Moskau lag. So gesehen hatte sich an den internationalen Rahmenbedingungen seit einem halben Jahrhundert wenig geändert. Hier ist nicht zu entscheiden, ob Gorbatschow, der ähnlich wie Bundeskanzler Kohl zeitweilig im Alleingang operierte, noch über realisierbare Alternativen verfügte, als er in den beiden Begegnungen mit dem Kanzler vom Februar und Juli 1990 seine Vorbehalte gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten und schließlich sogar gegen die NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland aufgab und damit die traditionelle sowjetische Haltung in dieser Frage liquidierte.

Gewiß wird niemand Gorbatschows großes historisches Verdienst verkennen und übersehen wollen, daß die sowjetischen Panzer, anders als am 17. Juni 1953, in den kritischen Tagen des Oktobers und Novembers 1989 in den Kasernen blieben. Doch ist auch festzuhalten, daß die Sowjetunion spätestens im Winter 1989/90 nicht mehr in der Lage war, die Entwicklungen in Deutschland mit politischen Mitteln aufzuhalten oder gar zu steuern. Ich nehme an, daß Herr Oldenburg später auf dieses Thema eingehen wird. Das zitierte Wahlergebnis in der DDR vom 18. März und vor allem das Inkrafttreten der Währungsunion zum 1. Juli 1990 schränkten den Spielraum der sowjetischen Diplomatie weiter merklich ein.

Vor allem aber nutzte die deutsche Politik ihre Möglichkeiten, um Gorbatschow die Zustimmung zu erleichtern. Einmal drängte sie im Juli 1990, vor dem zweiten Treffen des Kanzlers mit dem Generalsekretär, sowohl auf dem Gipfeltreffen der Atlantischen Allianz in London als auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston die Verbündeten zu unmißverständlichen Signalen an die Adresse Moskaus; im einen Fall bestanden diese in der Erklärung, „niemals und unter keinen Umständen als erste Gewalt anwenden“ zu wollen, das ist ein Zitat aus der Londoner Erklärung des NATO-Gipfels; im anderen in der Zusage großzügiger wirtschaftlicher Unterstützung.

Dann aber sicherte die Bundesrepublik der wirtschaftlich am Boden liegenden Sowjetunion einseitig entsprechende Unterstützung zu, beginnend mit der Zusage einer Lebensmittelhilfe in Höhe von 220 Millionen D-Mark, über die Erstattung nicht mehr durchgeführter Sowjetexporte in die DDR oder die Bürgschaft für einen Fünf-Milliarden-Kredit bis hin zur Finanzierung des sowjetischen Truppenabzugs vom Territorium der ehemaligen DDR, für den Bonn über vier Jahre mehr als 12 Milliarden D-Mark zur Verfügung stellte.

Schließlich wurde am 9. November 1990, dem Jahrestag der Maueröffnung, am Rhein jener „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ unterzeichnet, dessen Artikel 3, Absatz 3 die bemerkenswerte Formulierung enthält, die ich, wenn Sie erlauben, zitieren möchte – es bleibt erstaunlich, daß eine Bundesregierung einen solchen Vertrag, der sehr stark an andere deutsch-russische und deutsch-sowjetische Verträge seit dem 19. Jahrhundert erinnert, mit dieser Formulierung abgeschlossen hat: „Sollte eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten und alle Maßnahmen ergreifen, um den Konflikt beizulegen.“

Die Zeit erlaubt es nicht, darauf einzugehen, wie dieser Vertrag in der Tradition des zuletzt von Bismarck abgeschlossenen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags von 1887 steht. Ich will nur folgendes bemerken: Daß sich die Sowjetunion während der Dämmerstunden des Kalten Krieges vom vereinigten und wieder souveränen Deutschland ausdrücklich zusichern ließ, im Falle eines künftigen Konflikts nicht auf der Seite des Gegners zu stehen, spricht für sich.

So kam in der Vereinigungsphase auf sowjetischer Seite, aber keineswegs nur dort, noch einmal jene tiefsitzende Angst vor Deutschland zum Vorschein, welche die 1941 gegründete „Anti-Hitler-Koalition“ fast ein halbes Jahrhundert lang zusammengehalten und zu dem Kompromiß gebracht hatte, die deutsche Frage nicht endgültig zu lösen, sondern ohne Friedensvertrag im Zustand der Teilung einzufrieren. Daß sich ohne den Ausfall eines ihrer Mitglieder an diesem Zustand auf absehbare Zeit etwas geändert hätte, muß als höchst unwahrscheinlich gelten. Mithin ist zu bilanzieren:

Erstens: Daß sich im Winter 1989/90 gänzlich unerwartet ein Handlungsspielraum in der deutschen Frage auftat, war das unmittelbare Resultat des Zusam-

menbruchs der Sowjetunion und ihres Imperiums, also einer revolutionären Umwälzung der internationalen Rahmenbedingungen, und nicht, wie es der Mythos sagt, in erster Linie das Ergebnis deutschen Wollens: So wichtig die „friedliche Revolution“ in der DDR als Signal für die Weltöffentlichkeit gewesen ist, so wenig hätten die Montagsdemonstrationen gegen die Armeen einer intakten Sowjetunion ausrichten können.

Zweitens: Im richtigen Augenblick erkannt zu haben, daß sich die Rahmenbedingungen der deutschen Einheit änderten, daß es deshalb, erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges, so etwas wie einen deutschen Handlungsspielraum gab und daß dieser ebenso zügig wie umsichtig genutzt werden mußte, war die herausragende Leistung der deutschen Politik zwischen dem 9. November 1989 und dem 15. März 1991, dem Tag des Inkrafttretens des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages.

Drittens und letztens: Ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in die westlichen Gemeinschaften, an deren Notwendigkeit es seit den Tagen Konrad Adenauers keinen Zweifel gab, und ohne die Bereitschaft, den Status quo im geteilten Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges förmlich anzuerkennen, die mit dem Namen Willy Brandts verbunden bleibt, hätte sich wohl auch während des Zusammenbruchs der alten Weltordnung kaum ein Handlungsspielraum für die deutsche Politik eröffnet. So gesehen hatte die deutsche Außenpolitik der Jahre 1949 bis 1989 die Voraussetzung geschaffen, das Provisorium des Kalten Krieges in einen Akteur der neuen Weltordnung zu überführen. Ob die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bereit sind, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen, wird sich zeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Schöllgen, seien Sie auch von mir herzlich bedankt dafür, daß Sie angesichts unseres gedrängten Programms exakt in den Ihnen zugebilligten 30 Minuten geblieben sind. Ich werde jetzt eine erste Rederunde zulassen und Ihnen dann auch die Möglichkeit geben, auf die Fragen zu antworten, und dann werden die 45 Minuten auch vorbei sein, die wir zur Diskussion haben. Ich möchte in der Reihenfolge zunächst aufrufen Herrn Jacobsen, Herrn Hiller und Herrn Poppe, danach Herrn Hilsberg und Herrn Gutzeit sowie Bernd Faulenbach und Herrn Maser. Ich bitte, wegen der Zeit sich zu beschränken auf ein bis maximal zwei Fragen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Lieber Herr Schöllgen, zunächst herzlichen Dank für Ihren vorzüglichen Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen seit 1949. Wie von dem Herrn Vorsitzenden schon angedeutet, können wir darüber im einzelnen nicht diskutieren. Ich habe eigentlich nur zwei Punkte, wobei der erste wahrscheinlich unstrittig ist. Ich glaube, daß man bei den internationalen Rahmenbedingungen ohne den Aspekt „Wettkampf der Systeme“ manches nicht versteht. Aber „Wettkampf der Systeme“ im Schatten der Atomwaffen, hier also die große internationale Rivalität um